

II-7513 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3755/J

ANFRAGE

1989 -05- 17

der Abgeordneten Karas
und Kollegen
an die Bundesregierung
betreffend Erfüllung des als Petition im Nationalrat
eingebrachten "Volks-Begehrens der Jungen ÖVP "Für Leistung und
Gerechtigkeit - gegen Privilegien"

Mehr als 150.000 Österreicherinnen und Österreicher haben das
"Volks-Begehren der Jungen ÖVP" "Für Leistung und
Gerechtigkeit - gegen Privilegien" unterschrieben. Die
Unterzeichner des "Volks-Begehrens der Jungen ÖVP" wollten
damit folgendes erreichen:

- o Weg mit der Parteibuchwirtschaft
- o Trennung von Politik und Geschäft
- o Direktwahl und Offenlegung der Bezüge in den
Sozialversicherungen
- o Primärärzte - kein Geld für fremde Leistungen
- o Halbierung der Aufsichtsratsposten
- o Weg mit den Privilegien
- o Gegen leistungslose Einkommen
- o Gegen überhöhte Politikerabfertigungen
- o Mehr Demokratie in Vereinen und Interessensvertretungen.

Dieses "Volks-Begehren der Jungen ÖVP" wurde in Form einer
Petition im Nationalrat eingebracht und in einem Unterausschuß
des Verfassungsausschusses beraten und diskutiert. Als Abschluß
der Beratungen beschloß der Verfassungsausschuß u.a. sechs
Entschließungen, um die Forderungen des "Volks-Begehrens der
Jungen ÖVP" umzusetzen und zu verwirklichen.

-2-

Ziel des "Volks-Begehrens der Jungen ÖVP" war es u.a. leistungsgerechte Politikereinkommen durchzusetzen. In Entsprechung dieser Forderung des "Volks-Begehrens der Jungen ÖVP" hat der Nationalrat vor einem Jahr folgende EntschlieÙung gefaÙt:

"Die Bundesregierung wird ersucht, mit den Ländern Gespräche über verfassungsgesetzliche Bestimmungen bzw. Verträge gemäß Art.15 a B-VG aufzunehmen, durch die das einem Politiker aus politischen Funktionen gebührende Gesamteinkommen mit dem Bezug eines Mitgliedes der Bundesregierung gemäß dem Bezügegesetz des Bundes begrenzt wird. Durch diese Bestimmungen soll sichergestellt werden, daß einem Politiker aus politischen Funktionen kein höheres Einkommen gebühren kann als einem Mitglied der Bundesregierung. Über diese Gespräche ist innerhalb eines Jahres den Mitgliedern des Verfassungsausschusses des Nationalrates zu berichten."

Angeichts der Tatsache, daß die Frist von einem Jahr nunmehr verstrichen ist, stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesregierung folgende

ANFRAGE:

1. Wann wurden mit welchem Bundesland Gespräche über die Umsetzung der EntschlieÙung geführt?
2. Wie lautet das Ergebnis der Gespräche mit den Ländern, die zum Ziel gehabt haben, das einem Politiker aus politischen Funktionen gebührende Gesamteinkommen mit dem Bezug eines Mitglieds der Bundesregierung gemäß dem Bezügegesetz des Bundes zu begrenzen?